



Presseschau vom 06.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Krise in Kasachstan: Zusammenstöße zwischen Armee und Demonstranten

Die Proteste in Kasachstan haben innerhalb nur weniger Tage zur einer landesweiten Krise geführt. Gewaltbereite Demonstranten besetzen ein Regierungsgebäude nach dem anderen und entwaffnen ganze Armee- und Polizeieinheiten. Der Regierungspalast steht in Flammen. Russlands südlicher Nachbar droht ins völlige Chaos zu stürzen. Alle aktuellen Informationen zur Entwicklung in Kasachstan im Live-Ticker von RT DE. ...

<https://kurz.rt.com/2rva>

Susan Bonath: Impfpflicht für Pflegekräfte: Planlos in die Versorgungskatastrophe?

Die ab Mitte März geltende Corona-Impfpflicht für das Personal in Gesundheitsberufen könnte dazu führen, dass Senioren, Pflegebedürftige und Patienten nicht mehr ausreichend versorgt werden können. Es gibt erste Anzeichen für eine Kündigungswelle. Einen Notfallplan hat die Regierung offenbar nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2rv9>

Dmitri Plotnikow: Wie die Proteste in Kasachstan gewalttätig wurden – und warum Russland nicht schweigen kann

Die Sicherheit in Zentralasien, der Zugang zum Weltraumbahnhof und ethnische Russen sind

Gründe, warum Moskau die Unruhen in der ehemaligen Sowjetnation nicht ignorieren kann. Was steckt hinter den aktuellen gewaltsamen Unruhen in Kasachstan – und warum ist die politische Stabilität in dieser riesigen, ehemaligen Sowjetrepublik für Russland von Bedeutung? ...

<https://kurz.rt.com/2rwi>

Dagmar Henn: Kinder seit einem Jahr nicht in der Schule – Von Corona, Masken und der Berliner Verwaltung

Für Kinder und Jugendliche ist COVID-19 keine übergroße Bedrohung. Das weiß auch das Land Berlin. Dennoch muss in Schulen weiter getestet und Maske getragen werden und Kinder sollen sich impfen lassen. In einem Fall droht nun eine bürokratische Eskalation. ...

<https://kurz.rt.com/2rtf>

de.rt.com: Zu welchem Zweck lässt die Bundeswehr hochdetaillierte Karten der Russischen Föderation erstellen?

Kennt das Bundesministerium der Verteidigung seine eigenen Ausschreibungen nicht? Diesen Eindruck erweckte die Sprecherin des Verteidigungsministeriums, als RT DE sie nach dem Zweck der in Auftrag gegebenen Vektordaten in hoher Auflösung über das Gebiet der russischen Föderation befragte. ...

<https://kurz.rt.com/2ruy>

abends/nachts:

snanews.de: Estnischer Verteidigungsminister plädiert für Eindämmung Russlands

Laut dem estnischen Verteidigungsminister, Kalle Laanet, ist es notwendig, Russland einzudämmen, da sich ihm zufolge die Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine verschlechtern könnte.

„In den letzten sechs Monaten ist klar geworden, dass sich die Sicherheitslage stark verschlechtern könnte, aber jetzt ist das Wichtigste, sich auf die Eindämmung Russlands zu konzentrieren. Russland muss die Folgen eines Angriffs auf die Ukraine verstehen. Aus diesem Grund beschloss Estland, der Ukraine neben diplomatischer Unterstützung auch echte Hilfe anzubieten“, sagte Laanet am Mittwoch in einer Sendung des Senders ETV.

Ende Dezember hatte Laanet die mögliche Übergabe von Panzerabwehrraketen Javelin und 122-mm-Haubitzen an die Ukraine verkündet. Er merkte an, dass vor einer endgültigen Entscheidung über die Lieferung von Waffen an ein anderes Land die Genehmigung des Landes, in dem die Raketen hergestellt wurden – der USA – sowie der ehemaligen Besitzer der Haubitzen – Finnland und Deutschland – eingeholt werden müsse. Somit hänge der Zeitpunkt der Hilfeleistung davon ab, wie die Verhandlungen mit den Alliierten verlaufen würden.

„Derzeit versuchen die Alliierten herauszufinden, ob es möglich ist, estnische Waffen im Bedarfsfall zu übergeben, aber eine Entscheidung über Lieferungen wird erst getroffen, wenn echte Militärhandlungen in der Ukraine beginnen“, fügte der Verteidigungsminister hinzu.

Bei der Ukraine und im Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Russland hat die Vorwürfe des Westens und der Ukraine mehrmals zurückgewiesen und betont, dass die Erklärungen über eine „russische Aggression“ als Vorwand für die

Stationierung von mehr Nato-Technik unweit der russischen Grenzen missbraucht würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4907225_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_03176_0733a2d88e3c82627c235fd2e8b.jpg

de.rt.com: **Litauen: Präsident bezeichnet Eröffnung taiwanesischer Vertretung unter eigenem Namen als Fehler**

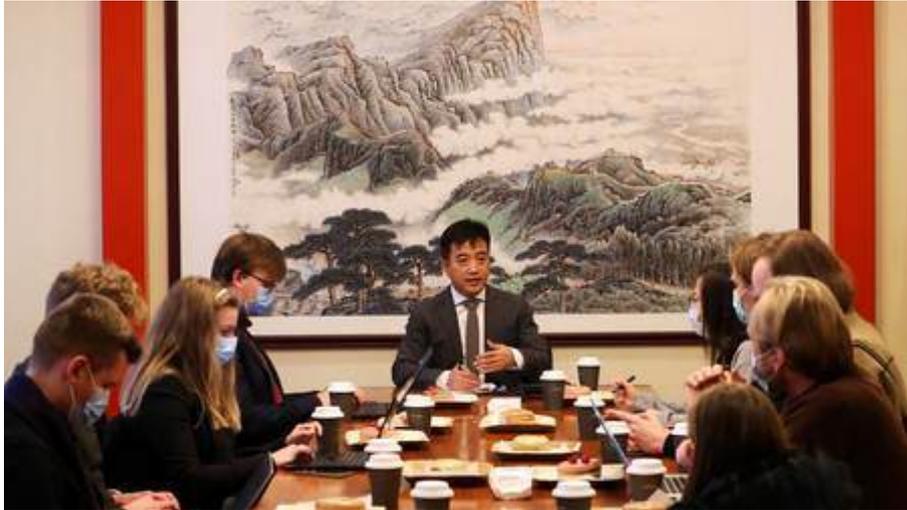
Der litauische Präsident Gitanas Nausėda hat die Eröffnung der taiwanesischen Vertretung unter eigenem Namen in Vilnius als "Fehler" bezeichnet. Peking fordert Vilnius indes auf, den Worten Taten folgen zu lassen und das Ein-China-Prinzip in der Praxis anzuerkennen.

Am Dienstag bezeichnete der litauische Staatspräsident Gitanas Nausėda die Entscheidung der Regierung, die taiwanesischen Vertretung unter dem Namen Taiwans eröffnen zu lassen, als "Fehler" und distanzierte sich davon. "Ich denke, nicht die Eröffnung des taiwanesischen Büros war ein Fehler, sondern der Name, der nicht mit mir abgestimmt war. ... Jetzt müssen wir mit den Konsequenzen leben", so Nausėda gegenüber dem Radiosender Žinių Radijas. "Der Name des Büros ist zum Schlüsselfaktor geworden, der jetzt unsere Beziehungen zu China stark beeinflusst." Außenminister Gabrielius Landsbergis hingegen wies die Kritik am Mittwoch zurück. Alle Schritte vor der Eröffnung seien aktiv mit dem Staatsoberhaupt abgestimmt worden.

Wang Wenbin, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, betonte am Mittwoch, es sei richtig, dass Litauen seinen Fehler einsieht. Noch wichtiger aber sei es, Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Fehler zu korrigieren und der Wahrung des Ein-China-Prinzips Rechnung zu tragen. "Wir möchten auch die taiwanesischen Behörden warnen, dass jeder Versuch, die 'Unabhängigkeit Taiwans' anzustreben, zum Scheitern verurteilt ist", so Wang Wenbin.

Nachdem Taiwan – eine seit 1949 selbstverwaltete Insel, die Peking als Teil seines Territoriums betrachtet – im November eine De-facto-Botschaft in Vilnius mit der Bezeichnung "Vertretungsbüro Taiwans" eröffnet hatte, stufte China die diplomatischen Beziehungen zu Vilnius herab. Der Botschafter und eine Reihe weiterer Diplomaten wurden ausgewiesen und der baltische Staat vorübergehend aus dem chinesischen Zollregister gestrichen.

Im Dezember hieß es aus Peking, dass Litauen wegen seiner Unterstützung Taiwans im "Mülleimer der Geschichte" landen würde. Zuvor war Litauen im vergangenen Jahr aus der "17+1"-Gruppe mit China ausgetreten und hatte andere EU-Länder aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Laut Euraktiv plant Litauen weiterhin, ein eigenes Handelsbüro in Taiwan zu eröffnen. Eric Huang, der Leiter der taiwanesischen Vertretung in Vilnius, sagte am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur, Taiwan werde einen 200 Millionen Dollar schweren Investmentfonds einrichten, um in litauische Industriezweige zu investieren, die für die Entwicklung Litauens und Taiwans strategisch wichtig sind.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d5d82c48fbef190c47cc8e.jpg>

snanews.de: „Terroristische Bedrohung“ im Land: Kasachstans Präsident bittet OVKS-Staatschefs um Hilfe

Der kasachische Präsident, Kassym-Schomart Tokajew, hat sich an die Staatschefs der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) gerichtet und um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ im Land gebeten. Tokajew hat die Ereignisse in der Republik als einen Akt von Aggression von außen bezeichnet. Ihm zufolge ist in der Nähe der Millionenstadt Almaty ein anhaltender Kampf zwischen terroristischen Banden und Luftlandeeinheiten des Verteidigungsministeriums im Gange. Es handele sich „um eine Untergrabung der Integrität des Staates“, betonte er. „Angesichts der Tatsache, dass diese Terrorbanden international sind und im Ausland eine ernsthafte Ausbildung absolviert haben, kann und sollte ihr Angriff auf Kasachstan als ein Akt von Aggression angesehen werden. In diesem Zusammenhang habe ich heute unter Berufung auf den Vertrag über kollektive Sicherheit die Staatschefs der OVKS gebeten, Kasachstan bei der Bewältigung dieser terroristischen Bedrohung zu helfen“, sagte Tokajew im kasachischen Fernsehen.

Der Appell an die OVKS-Partner sei absolut angemessen und rechtzeitig, so Tokajew. „Ich denke, dass die Bevölkerung Kasachstans diese Entscheidung unterstützen wird. Gemeinsam werden wir gewinnen“, sagte der Präsident.

Dem 1992 gegründeten Sicherheitsbündnis OVKS gehören sechs Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion an: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan.

Massenproteste in Kasachstan

Aufgrund der heftigen Massenproteste nach einer schlagartigen Erhöhung der Preise für Flüssiggas ist in Kasachstan am Mittwochabend ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt worden.

Die ehemalige Sowjetrepublik erlebt derzeit die größte Protestwelle seit Jahren. Auslöser war der Anstieg der Flüssiggaspreise auf das Doppelte innerhalb kurzer Zeit. Die Regierung begründete die höheren Preise mit einer gestiegenen Nachfrage.

In der Nacht auf Mittwoch hatte es in der Wirtschaftsmetropole Almaty heftige Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gegeben, bei denen die Polizei Blendgranaten und Tränengas eingesetzt hat. Am Mittwoch trat die Regierung nach beispiellosen Unruhen zurück. Die Demonstranten stürmten am Mittwochnachmittag die Stadtverwaltung und die Residenz von Präsident Kassym-Jomart Tokajew. Sie zerstörten Fenster mehrerer Gebäude und zündeten Autos an. Auch in anderen Städten Kasachstans kam es zu heftigen Protesten und Zusammenstößen.

Das Internet im ganzen Land wurde abgeschaltet, mehrere Fernsehsender stellten den Betrieb ein. Die Behörden sprachen am Nachmittag allein in Almaty von 500 Verletzten. Im Zusammenhang mit den beispiellosen Protesten hat der Präsident des Landes, Kassym-Schomart Tokajew, zum zweiten Mal innerhalb von zwei Tagen an seine Landsleute appelliert. Der Präsident sagte, bei den Protesten am Mittwoch seien Sicherheitskräfte getötet und verletzt worden. „Die Situation bedroht die Sicherheit aller Bürger von Almaty. Das kann nicht toleriert werden“, sagte er. Die Sicherheitskräfte würden „so hart wie möglich“ vorgehen. Der Präsident kündigte zudem Reformen an. Konkret wurde er aber nicht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4907689_0:163:3065:1887_1920x0_80_0_0_3c0414125b2430c69daf3e5ffd971fc8.jpg

snanews.de: „**Sie werden mit uns reden müssen**“: Borrell drängt auf Einbeziehung der EU in Gespräche mit Russland

Der Hohe EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, der am Dienstag auf Einladung des ukrainischen Außenministers, Dmitri Kuleba, nach Kiew gereist war, hat bei einem Briefing erneut die Wichtigkeit der Einbindung der Europäischen Union (EU) in die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Russland und den USA mit Nachdruck betont.

Dem EU-Vertreter zufolge muss jede Diskussion über die europäische Sicherheit in Abstimmung mit und unter Beteiligung der EU geführt werden. Die EU dürfe „kein neutraler Zuschauer“ bei den anstehenden Verhandlungen sein.

„Die Agenda, die Russland vorgeschlagen hat, enthält Fragen, die die Sicherheit in Europa wie auch die der Ukraine betreffen“, sagte Borrell bei seinem Besuch im ukrainischen Donbass.

Dem Hohen EU-Vertreter zufolge wäre es natürlich falsch, auf ein Gespräch zu verzichten, wo Russland dieses schon selbst vorschlägt – aber die Europäer müssten, so Borrell, darin einbezogen sein. Dies sei keine einmalige Frage, sondern werde sich über „Wochen und Monate“ hinziehen.

Auch sicherte Borrell bei seinem Besuch die Unterstützung der Ukraine im Namen der EU zu und erklärte, jede weitere militärische Aggression Russlands werde massive Konsequenzen nach sich ziehen.

„Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne die Sicherheit der Ukraine. Es ist klar, dass jede Diskussion über die europäische Sicherheit die EU und die Ukraine einbeziehen muss. (...)“, sagte Borrell.

„Ob sie es mögen oder nicht: Sie werden mit uns reden müssen“, betonte er und sagte weiter: „Wir erleben derzeit nicht nur eine ungewöhnliche Truppenaufstockung an der ukrainischen Grenze“, sondern es würden auch zwei Abkommen vorgelegt, in denen Russland über die Sicherheit in Europa spreche.

„Aber wir leben nicht mehr in den Zeiten von Jalta. Die Aufteilung der Einflussphären ist in

2021-2022 keine Frage mehr“, so Borrell weiter.

Die russisch-ukrainischen Beziehungen hatten sich im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt im Donbass verschlechtert. Kiew beschuldigt Moskau der Einmischung in innere Angelegenheiten und hat Russland im Januar 2015 zum „Aggressor-Land“ erklärt. Der Westen hat dabei der Ukraine den Rücken gestärkt und Sanktionen gegen Russland verhängt.

Außenminister Frankreichs für EU-Aufnahme in Gespräche

Der französische Außenminister, Jean-Yves Le Drian, schrieb in einer Erklärung am Mittwoch, er habe Gespräche mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, Italien und Polen sowie mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, geführt, im Zuge derer die Spannungen mit Russland und die Ukraine-Frage zur Sprache gekommen seien.

Dabei habe er die Bedeutung „einer engen Abstimmung zwischen den Europäern“ im Vorfeld der für die kommende Woche geplanten Diskussionen sowie mit Blick auf das informelle Treffen der Außenminister der Europäischen Union, an dem er sich am 13. und 14. Januar in Brest beteiligen werde, hervorgehoben.

„In diesem Zusammenhang habe ich die Verantwortung der Europäer betont, durch konkrete Vorschläge aktiv zur Vorbereitung und Durchführung dieser Gespräche mit Russland beizutragen und mitzuwirken, bei denen es um ihre eigenen Sicherheitsinteressen geht“, heißt es auf der Seite des französischen Außenministeriums.

Es sei „sinnvoll und notwendig“, so Le Drian, den Dialog mit Russland auf der Grundlage der europäischen Sicherheitsinteressen zu fordern, um die strategische Stabilität in Europa zu stärken.

Abschließend wies der französische Außenminister darauf hin, dass „jede weitere militärische Aggression gegen die Ukraine“ vonseiten Russlands massive Konsequenzen haben werde – „einschließlich restriktiver Maßnahmen in Abstimmung mit unseren Partnern“.

Moskau fordert Sicherheitsgarantien

Das Außenministerium in Moskau hatte im Dezember Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll. Auch die Stationierung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.

Wie der russische Präsident, Wladimir Putin, wiederholt betont hat, sind die Osterweiterung der Nato und der Einsatz von Offensivwaffen in der Ukraine „rote Linien“ für Moskau. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, wiederum wies darauf hin, dass das Bündnis die Waffenlieferungen an Kiew erhöht und auch die Zahl der westlichen Ausbilder im Land zugenommen habe.

Washington und Moskau haben vereinbart, Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/05/4581014_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_6c27df21c46b559e486728bd7a5ba53e.jpg

snnews.de: **Zwei kasachische Militärs bei Anti-Terror-Operation auf Flughafen Almaty getötet – Medien**

Bei den gewaltsamen Ausschreitungen in Kasachstan in Zentralasien sind zwei kasachische Soldaten auf dem Flughafen Almaty getötet worden. Dies berichtet das Portal Zakon.kz. „Bei der Anti-Terror-Operation auf dem Flughafen von Alma-Ata wurden zwei Soldaten der Streitkräfte der Republik Kasachstan getötet“, heißt es in der Mitteilung.

Bei Unruhen in mehreren Regionen Kasachstans in den vergangenen Tagen wurden nach Angaben des Innenministeriums acht Polizisten und Angehörige der Nationalgarde getötet und 317 verletzt.

Zuvor hatte der kasachische Präsident, Kassym-Schomart Tokajew, gesagt, dass "terroristische Banden" den Flughafen von Almaty und fünf Flugzeuge, darunter auch ausländische, in ihre Gewalt gebracht hätten. Er betonte, terroristische Banden mit internationaler Ausbildung operieren in der Stadt.

Am Mittwochnachmittag hatte der Flughafen Medienberichten zufolge mitgeteilt, der Airport sei geräumt worden und die Mitarbeiter hätten das Gelände verlassen. Der Grund sei, dass eine Menschenmenge das Gebäude besetzt habe. Mehrere Fluggesellschaften strichen daraufhin Flüge nach Almaty. Später berichteten kasachische Medien unter Berufung auf den stellvertretenden Bürgermeister von Almaty, Erschan Babakumarow, der Flughafen sei befreit worden. Es habe eine „Spezialoperation“ in der Stadt begonnen.

Tokajew sagte in seiner Ansprache am Mittwochabend, er habe das von Russland geführte Militärbündnis Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit um Hilfe gebeten. Es handele sich um eine „Untergrabung der Integrität des Staates.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4908168_0:150:3109:1898_1920x0_80_0_0_296634c8e7c3e7b21a1be1ac23b835fb.jpg

snanews.de: **OVKS beschließt Entsendung von Friedenstruppen nach Kasachstan – Armeniens Premier Paschinjan**

Die von Russland geführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) hat laut Armeniens Premierminister, Nikol Paschinjan, beschlossen, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden.

„Im Zusammenhang mit dem Appell von Präsident Tokajew und angesichts der Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Souveränität der Republik Kasachstan, die unter anderem durch Einmischung von außen verursacht wird, hat der kollektive Sicherheitsrat der OVKS in Übereinstimmung mit Artikel 4 des Vertrags über kollektive Sicherheit beschlossen, eine kollektive Friedenstruppe der OVKS in die Republik Kasachstan zu entsenden“, so Paschinjan in einer Facebook-Mitteilung.

Die Truppen würden für einen begrenzten Zeitraum mit dem Ziel eingesetzt, die Lage in Kasachstan zu stabilisieren und zu normalisieren, hieß es weiter.

Der kasachische Präsident, Kassym-Schomart Tokajew, hatte sich zuvor an die Staatshäupter der OVKS gerichtet und um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ im Land gebeten.

Tokajew hat die Ereignisse in der Republik als einen Akt von Aggression von außen bezeichnet. Ihm zufolge ist in der Nähe der Millionenstadt Almaty ein anhaltender Kampf zwischen terroristischen Banden und Luftlandeeinheiten des Verteidigungsministeriums im Gange. Es handele sich „um eine Untergrabung der Integrität des Staates“, betonte er. Dem 1992 gegründeten Sicherheitsbündnis OVKS gehören sechs Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion an: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/0e/1705641_0:0:2845:1600_1920x0_80_0_0_24b5a27bb644d683afb7c2eda081fc19.jpg

vormittags:

snanews.de: **Unruhen in Kasachstan: Innenministerium meldet acht Tote und 317 Verletzte unter Sicherheitskräften**

Bei Unruhen in der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan in Zentralasien sind acht Polizisten und Militärangehörige der Nationalgarde getötet sowie weitere 317 verletzt worden, wie der Pressedienst des Innenministeriums der Republik am Donnerstag mitteilte. „Durch die Hand einer wütenden Menschenmenge sind Hunderte Menschen, darunter auch Sicherheitskräfte und Ärzte, die für die Rechtsordnung und Gesundheit der Bevölkerung sorgen, sowie einfache Bürger, darunter auch ältere Menschen, zu Schaden gekommen. 317 Polizisten und Soldaten der Nationalgarde wurden verletzt, acht kamen ums Leben“, heißt es. Am Mittwoch setzten sich demnach in einigen Gebieten des Landes „Unruhen, Vandalismus und Plünderungen, die von Provokateuren organisiert und rowdyhaften Elementen unterstützt wurden, fort“.

„Eine Reihe von Staatsverwaltungs-, Lebensversorgungs-, Gesundheits-, Handels- und Gastronomieeinrichtungen, Banken, spezielle Fahrzeuge der Polizei, des Gesundheitswesens, der Feuerwehr sowie Eigentum einfacher Bürger wurden unter Einsatz von Steinen, Armaturen, Schlaghölzern und Brandflaschen angegriffen. Der Infrastruktur wurde ein erheblicher Sachschaden zugefügt“, heißt es weiter.

Auch gebe es Fälle, wo die Hospitalisierung von Patienten in medizinische Einrichtungen verhindert wurde. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/06/4909954_6:0:1254:702_1920x0_80_0_0_1a5ebd8c7b993b11315e9ec334723312.jpg

de.rt.com: **Stellt sich Polen quer zur EU-Klimapolitik?**

Polens Justizminister Ziobro fordert eine Blockade des EU-Klimapakets, das er als "wahnsinnig" bezeichnete. Polen lehnt das Paket ab und strebt eine Reform des EU-Emissionshandelssystems an.

Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro, Vorsitzender der Partei Solidarna Polska (SP) – einer Abspaltung von der Regierungspartei PiS, mit der sie allerdings eine Koalition bildet –, forderte über Twitter, Polen müsse das "wahnsinnige" Klimapaket der EU ablehnen. Ziobro meinte, wenn Polen aus der EU-Klimapolitik aussteige, würden die Strompreise für polnische Verbraucher um bis zu 60 Prozent sinken.

"Wahnsinnige Klimapolitik der EU"

Der Minister beschuldigte die Europäische Volkspartei, die auf EU-Ebene als 'Parteienfamilie' bürgerlich-christlich-konservative und nationalkonservative Parteien der Mitgliedsstaaten vereint und von Ziobros Landsmann Donald Tusk angeführt wird, sie sei verantwortlich für die "wahnsinnige Klimapolitik der EU". Ziobros SP trete dagegen "für einen vernünftigen Klimaschutz" ein. Das "ruinöse Paket" der EU lehne man ab.

Wie das Portal Euractiv berichtet, habe Ziobro Ende Dezember 2021 angekündigt, "er werde bei den Gremien seiner Partei eine Resolution über den Austritt Polens aus dem EU-Klima- und Energiepaket Fit for 55 beantragen."

Blockade durch Polen?

Ziobro wird mit folgender Ankündigung zitiert:

"Als Vorsitzender von Solidarna Polska werde ich nach Weihnachten bei den satzungsgemäßen Organen der Partei eine Resolution über den Austritt Polens aus diesem irrationalen Programm der Europäischen Union, das verrückte Ausmaße annimmt – dem Klima- und Energiepaket – beantragen."

Unklar bleibt allerdings, ob und wie die polnische Regierung diese energiepolitischen Blockade-Vorstellungen umsetzen kann.

Der Sejm, das Parlament Polens, hatte am 9. Dezember eine Resolution verabschiedet, mit der die EU-Mitglieder aufgefordert wurden, das Emissionshandelssystem (EU ETS) auszusetzen und eine Reform des Systems einzuleiten. Bei einem Treffen des Europäischen Rates eine Woche später erläuterte Premierminister Mateusz Morawiecki die polnischen Forderungen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d5a7f5b480cc6429771344.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der

Ukraine festgestellt.

snanews.de: **OVKS startet Friedensmission – Russland verlegt Truppen nach Kasachstan**

Angesichts der Unruhen in Kasachstan hat Russland Soldaten in das zentralasiatische Land verlegt. Es sind Fallschirmjäger als Teil einer Friedenstruppe entsandt worden, wie mehrere russische Staatsagenturen am Donnerstag übereinstimmend unter Berufung auf die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) meldeten.

„Der russische Teil des Friedenskонтингents wird zurzeit mit den Transportfliegerkräften der russischen Luft- und Weltraumtruppen nach Kasachstan verlegt. Die Vortruppen des Kontingents haben bereits mit der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben begonnen“, heißt es in einer Mitteilung des OVKS-Sekretariats. Dem OVKS-Friedenskонтингent gehören unter anderem russische Einheiten der Luftlandtruppen an.

Am Mittwochabend hatte die von Russland geführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) beschlossen, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden. Das Kontinent werde für einen begrenzten Zeitraum mit dem Ziel eingesetzt, die Lage in Kasachstan zu stabilisieren und zu normalisieren. Der kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew hatte zuvor die Oberhäupter der OVKS-Mitgliedsstaaten um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ im Land gebeten.

Der OVKS gehören neben Kasachstan auch Armenien, Belarus, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan an. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4911051_0:53:3079:1785_1920x0_80_0_0_dc06c8660854cfe290c8b910b382f1d6.jpg

snanews.de: **Einige Vorschläge Moskaus sind nicht lebensfähig – Washington über anstehende Sicherheitsgespräche**

Die USA wollen laut der Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, bei den anstehenden Gesprächen über strategische Stabilität mit Russland ein pragmatisches Vorgehen an den Tag legen. Washington plant jedoch nicht, alle Vorschläge Russlands zu erörtern.

„Schließlich wissen wir nicht, was die Gespräche in der nächsten Woche bringen werden, aber unser Vorgehen bei den Diskussionen wird pragmatisch und ergebnisorientiert sein, und wir glauben, dass es Bereiche gibt, in denen wir mit Moskau Fortschritte erzielen können – wenn sie bereit sind, an den Verhandlungstisch zu kommen“, äußerte sie bei einem Briefing am Mittwoch (Ortszeit).

Russland und die Vereinigten Staaten werden nächste Woche in Genf eine weitere Runde des Dialogs über strategische Stabilität abhalten. Anschließend sollen eine Sitzung des Nato-Russland-Rates in Brüssel und Konsultationen bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien stattfinden.

Laut Psaki plant Washington nicht, auf die strategischen Sicherheitsvorschläge Russlands

Punkt für Punkt zu reagieren.

„Es gibt natürlich eine Reihe von Vorschlägen, die Russland bereits veröffentlicht oder in Umlauf gebracht hat und für die es sich einsetzt“, sagte sie. „Präsident Biden hat deutlich gemacht, dass wir in einigen Fragen Fortschritte erzielen können, während andere nicht lebensfähig sind.“

„Wir reagieren nicht Punkt für Punkt auf sie, und ich erwarte nicht, dass wir dies in diesen Verhandlungen tun werden, weil man unserer Erfahrung nach keine tatsächlichen Fortschritte macht, indem man öffentlich verhandelt, und auch, weil viele der Vorschläge eine solche Reaktion nicht verdienen“, fügte sie hinzu.

Delegationen des russischen und des US-Außenministeriums werden am kommenden Montag in Genf eine weitere Runde des Dialogs über strategische Stabilität abhalten. Den Gesprächen soll eine Sitzung des Nato-Russland-Rates in Brüssel folgen, die am Mittwoch stattfinden soll. Am Donnerstag, 13. Januar, werden in der österreichischen Hauptstadt Konsultationen auf der Plattform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stattfinden.

Im Vorfeld hatte am 30. Dezember ein 50-minütiges Telefongespräch des US-Präsidenten, Joe Biden, mit seinem russischen Amtskollegen, Wladimir Putin, stattgefunden. Nach Angaben des Kremls drohte Biden Russland mit „umfassenden Sanktionen“ wegen der Lage in der Ukraine. Der russische Staatschef habe darauf verwiesen, dass ein derartiger Schritt ein großer Fehler wäre, der einen völligen Zusammenbruch der Beziehungen zur Folge haben könnte, hieß es.

Ende 2021 veröffentlichte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und ein Abkommen mit dem Nordatlantischen Bündnis über Sicherheitsgarantien. Moskau forderte die westlichen Partnern auf, rechtliche Garantien dafür sicher zu stellen, dass die Nato auf die Stationierung von Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auf eine weitere Osterweiterung und insbesondere auf den Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis verzichtet.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/06/4910476_0:0:3285:1848_1920x0_80_0_0_30ef157ae850f6f6ef321dd437a13709.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. Januar um 9:00 Uhr 21.553 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

293 Personen sind derzeit erkrankt, 18.175 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3085 Todesfälle.

snnews.de: **Nach tödlichem Verkehrsunfall: Belarus weist polnische Diplomatin wegen Beihilfe zur Flucht aus**

Belarus hat eine polnische Konsulin nach einem schweren Autounfall des Landes verwiesen.

Sie soll ihrem Landsmann, der Ende Dezember einen tödlichen Unfall verursacht hatte, zur Flucht nach Polen verholfen haben. Darüber berichteten das belarussische und polnische Außenministerium.

Zuvor hatte das belarussische Außenministerium über die Ausweisung informiert. Man sehe keine Möglichkeit für die Fortsetzung der Arbeit auf dem Territorium von Belarus, hieß es. Wegen eines „empörenden Ereignisses“ sei zudem der Geschäftsträger der polnischen Botschaft einbestellt worden.

Wie die belarussische Staatsagentur Belta berichtet, sind in den Berichten mehrerer belarussischer Fernsehsender nach dem Unfall Informationen aufgetaucht, wonach die Leiterin der Abteilung des Generalkonsulats Polens in Brest, Olga Kaspertschuk, zur Entscheidung des polnischen Lkw-Fahrers, Belarus zu verlassen, beigetragen hat. Die Fernsehsender stellten Belta zufolge daraufhin eine entlarvende Aufzeichnung des Gesprächs der Konsulin mit dem Leiter der Visaabteilung der diplomatischen Vertretung zur Verfügung. Wie der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums, Anatolij Glas, in diesem Zusammenhang erklärte, haben die Mitarbeiter des polnischen Konsulats ihren Bürger im Grunde selbst zum Verstoß gegen die belarussische Gesetzgebung verleitet und zur darauffolgenden internationalen Fahndung nach ihm im Zusammenhang mit dem Unfall, bei dem mehrere Menschen ums Leben gekommen seien, beigetragen.

Er wies unter anderem darauf hin, dass solche Handlungen des polnischen Generalkonsulats unmittelbar gegen die Bestimmungen der Wiener Konvention über diplomatische und konsularische Beziehungen und gegen die belarussische Gesetzgebung verstießen – „ebenso wie sie gegen die Gesetze jedes anderen Landes verstoßen würden“.

Das belarussische Außenministerium brachte auf der offiziellen Seite die Hoffnung zum Ausdruck, dass es sich bei dem Vorfall lediglich um einen Einzelfall handle, der nichts über die ganze Arbeit des polnischen Außenministeriums aussage.

„Gleichzeitig sehen wir keine Möglichkeit für die Fortsetzung der Arbeit dieses Konsularbeamten auf dem belarussischen Territorium. Wir werden unsere ausländischen Partner über den Vorfall in Kenntnis setzen. Wir hoffen, dass unsere polnischen Kollegen entsprechende Schlüsse ziehen werden“, so das Außenministerium.

Die polnische Behörde machte ihrerseits keine konkreten Angaben zur Ausweisung. Laut ihrer offiziellen Seite werden derzeit Schritte unternommen, um die bereitgestellten Informationen zu überprüfen und die Situation zu klären.

Verkehrsunfall und Fluchtversuch

Genauere Informationen zu dem Verkehrsunfall stellte am Mittwoch die Staatsagentur Belta mit Verweis auf Anatolij Glas bereit.

Ein 1999 geborener polnischer Staatsbürger steht demnach unter Verdacht, einen Verkehrsunfall verursacht zu haben, bei dem zwei belarussische Bürgerinnen ums Leben kamen. Eine Frau ist den Angaben der Agentur zufolge nach dem Vorfall ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ein weiterer Autofahrer soll sich keine Verletzungen zugezogen haben. Dem jungen Mann, der nach den letzten Informationen mit seinem Vater unterwegs gewesen war, sei nach dem Vorfall die Ausreise aus Belarus untersagt worden. Trotzdem habe er versucht, das Land zu verlassen und nach Polen zu gelangen, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Wie aus dem Bericht eines belarussischen Fernsehsenders hervorgeht, wurden der polnische Fahrer und sein Vater in einem Diplomatenwagen nach Brest gebracht, wo sie Fahrkarten für den Linienbus St. Petersburg – Warschau gekauft haben.

Wie ein offizieller Vertreter des Staatsgrenzkomitees der Belta-Agentur mitgeteilt hat, habe der Verdächtige zugegeben, sich bei den Mitarbeitern des polnischen Konsulats Hilfe geholt zu haben. „Sie kauften ihm eine Fahrkarte zu seinem Wohnort in Polen, brachten ihn zum Busbahnhof und begleiteten ihn zum Bus“, schilderte Anton Bytschkowski.

Nun sei der junge Mann den Mitarbeitern des Ermittlungsausschusses zur weiteren Untersuchung übergeben worden. Sein Vater hat sich Bytschkowski zufolge geweigert, die

Grenze zu überqueren und wurde daraufhin nach Belarus zurückgebracht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4910856_0:234:3073:1962_1920x0_80_0_0_74121_02ea13263a543c683b59e0492f0.jpg

de.rt.com: **Nordkorea meldet erfolgreichen Test eines lenkbaren Hyperschall-Gefechtskopfes**

Nordkoreanische Medien meldeten die erfolgreiche Durchführung des Testflugs einer Rakete mit einem Hyperschall-Gefechtskopf auf ein 700 km entferntes Ziel. Der Grund für die Erprobung sei die beabsichtigte Modernisierung des strategischen Waffensystems des Landes. Nordkorea hat am Mittwoch dieser Woche erfolgreich eine Hyperschallrakete getestet. Einem Bericht der staatlichen Medien zufolge war dies der erste größere Waffentest des Landes in diesem Jahr, so Informationen des britischen Guardian. Die Mitteilung der amtlichen Nachrichtenagentur Nordkoreas Korean Central News Agency (KCNA) lautet:

"Die Akademie für Verteidigungswissenschaften der Demokratischen Volksrepublik Korea hat am Mittwoch einen Testflug mit einer Hyperschallrakete durchgeführt. Führende Beamte der Abteilung für Rüstungsindustrie des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Koreas und der Verteidigungswissenschaft des Landes beobachteten diesen Test."

Laut KCNA hätte die Rakete ein 700 Kilometer entferntes Ziel "präzise getroffen". Der jüngste Start wurde laut der britischen BBC zunächst von der japanischen Küstenwache am frühen Mittwoch entdeckt und später von den Verteidigungsbehörden in Seoul bestätigt. Laut offiziellen Angaben, löste sich der "Hyperschall-Gleit Sprengkopf" bei dem Test von seiner Trägerrakete und "manövrierte 120 km seitlich, bevor er ein 700 km entferntes Ziel präzise traf". Die KCNA informierte zum Ablauf des Vorgangs: "Bei dem Teststart bestätigte die Akademie die Flugsteuerung und Stabilität des Flugkörpers in der aktiven Flugphase und bewertete die Leistung der neuen Technik der seitlichen Bewegung des abgetrennten Hyperschall-Gleitgefechtskopfes." Der Test habe auch Komponenten wie die Flugsteuerung und die Fähigkeit im Winter zu operieren bestätigt, so offizielle Informationen seitens der KCNA.

Hyperschallwaffen fliegen in der Regel in geringerer Höhe auf Ziele zu als ballistische Raketen und können mehr als das Fünffache der Schallgeschwindigkeit erreichen – also etwa 6.200 Kilometer pro Stunde (3.850 Meilen pro Stunde), so Darlegungen im BBC-Artikel. Der Verteidigungsexperte des US-Think Tanks Carnegie Endowment for International Peace (CEIP), Ankit Panda, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass es sich bei dem am Mittwoch getesteten Modell nicht um genau dieselbe Hyperschallrakete (Modell: Hwasong-8) handelte, die im September des letzten Jahres getestet wurde, jedoch aber "einige ähnliche Merkmale aufweist". Veröffentlichte Fotos der aktuellen Rakete würden demnach darauf schließen lassen, "dass es sich wahrscheinlich um eine andere Version als die im

letzten Jahr getestet handelt, die erstmals im Oktober auf einer Verteidigungsausstellung in Pjöngjang vorgestellt wurde", so der Verteidigungsexperte im Guardian-Artikel. "Manövrierfähigere Raketen und Sprengköpfe werden wahrscheinlich darauf abzielen, Raketenabwehrsysteme wie die von Südkorea und den Vereinigten Staaten zu überwinden", so Aussagen von Analysten des CEIP. Eine weitere Einschätzung von Ankit Panda lautet: "Ich habe den Eindruck, dass die Nordkoreaner Hyperschallgleiter als ein potenziell nützliches qualitatives Mittel zur Bewältigung der Raketenabwehr erkannt haben". Nordkorea testete im September 2021 erstmals eine Hyperschallwaffe und würde sich damit laut Einschätzung des Guardian-Artikels "an einem Wettlauf der großen Militärmächte um den Einsatz dieses modernen Waffensystems beteiligen".

Die offizielle Darlegung der KCNA lautet dazu:

"Der Teststart demonstrierte deutlich die Kontrolle und Stabilität des Hyperschall-Gleitgefechtsskopfs, der den mehrstufigen gleitenden Sprungflug und die starke seitliche Bewegung kombiniert. Das Zentralkomitee der Partei äußerte sich sehr zufrieden über das Ergebnis des Testschusses und beglückwünschte den betreffenden Bereich der nationalen verteidigungswissenschaftlichen Forschung herzlich."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d6ba6848fbef190d73efe2.jpg>

Telegram-Kanal des Vertreters der LVR in der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe Rodion Moroschnik: **Borrell fuhr in die Konfliktzone, um zu zeigen, dass er die Interessen von vier Millionen Einwohnern des Donbass ignoriert**

Der Außenbeauftragte der EU Josep Borrell fuhr nur von einer Seite aus in die Konfliktzone im Donbass – von dem von Kiew kontrollierten Territorium. Zeit für einen Besuch im Donbass fand er erst im achten Jahr des Konflikts und im dritten Jahr in seinem Amt als oberster Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, aber das geschah genau eine Woche vor den Verhandlungen zwischen der RF und den USA zu Fragen unter anderem der europäischen Sicherheit. Wie Borrell mitteilte, hat ihn das Herangehen, das Schicksal der Ukraine ohne die Ukraine zu erörtern sehr beunruhigt, aber er erinnerte mit keinem Wort an die Interessen der zweiten Seite des innerukrainischen Konflikts in Gestalt der Einwohner des Donbass. In seiner Rede waren weder Worte von den eingeschränkten Rechten der Menschen, die im Donbass leben und den Verstößen Kiews die Rede noch von den von Kiew ignorierten Minsker Verpflichtungen oder dem destruktiven Herangehen der Ukraine an den Dialog zwischen den Konfliktseiten.

Über welche Deeskalation redete Borrell, wenn er mit seinem Besuch und seinen Erklärungen demonstriert hat, dass es nicht für eine Beendigung des blutigen Konflikts gekommen ist, sondern um nur eine der Konfliktseiten zu unterstützen?! Und diese Seite ist Kiew, das eine verfassungswidrige Strafoperationen im Donbass unter Einsatz der regulären Streitkräfte des Landes, von Banden und Söldner führt.

Josep Borrell erinnerte daran, dass die EU Kiew seit 2014 Hilfe im Umfang von 17 Mrd. Euro geleistet hat. Dieser Sachverhalt macht die EU, gemeinsam mit ihrer eifrigen Position zur Verteidigung des Kiewer Regimes und des Ignorierens der Interessen und Rechte der Bevölkerung des Donbass zusammen mit den Vertretern ihrer Führung zu direkten Beteiligten des Bürgerkriegskonflikts in der Ukraine. Und entzieht ihr vollständig das Recht, sich als eine Seite zu bezeichnen, die sich außerhalb des Konflikts befindet und an seiner schnellstmöglichen Regelung und an einem gleichen Verhältnis zu den Rechten der Menschen unabhängig davon, auf welcher Konfliktseite sie sich befinden, interessiert ist. Borrell ignoriert die Prinzipien, auf den die EU aufgebaut wurde und besteht. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er die Menschen schon in Kategorien aufgeteilt, für wen die europäischen Prinzipien der Menschenrechte gelten und für wen nicht.

snanews.de: **Sturm auf Polizeigebäude in Almaty – Dutzende Protestierende getötet**

Die Sicherheitskräfte in der kasachischen Millionenstadt Almaty haben von mehreren Versuchen berichtet, Verwaltungsgebäude der Polizei und Polizeistationen in der Nacht zum Donnerstag gewaltsam zu übernehmen. Dutzende Menschen sind nach Angaben der Polizei getötet worden.

„In der vergangenen Nacht wurde versucht, die Verwaltungsgebäude der Polizeibehörde der Stadt Almaty und der Bezirkspolizeidienststellen zu stürmen“, teilte die Sprecherin der Stadtpolizei, Saltanat Awirbek, in einem Fernsehkommentar mit. „Dutzende Angreifer wurden vernichtet, ihre Identitäten werden derzeit festgestellt“, fügte sie hinzu.

In drei Gebäuden der Polizei werde derzeit ein Anti-Terror-Einsatz durchgeführt, so die Sprecherin. Die Anwohner seien aufgefordert worden, ihre Häuser vorübergehend nicht zu verlassen und die betreffenden Gebiete zu meiden. Auch das kasachische Katastrophenschutzministerium hat von der Terroroperation berichtet.

Nach Angaben von Sputnik Kasachstan haben Soldaten, die einen Einsatz gegen die bewaffneten Unruhestifter auf dem Platz der Republik in Almaty durchgeführt hatten, nun den Einsatzort verlassen. Es sei keine Abriegelung aufgestellt worden, hieß es in einer Mitteilung im Telegram-Account von Sputnik Kasachstan. Zuvor hatten die Militärs rund 200 Protestierende umstellt, von denen viele Schusswaffen bei sich gehabt hatten. Es kam zu einem Schusswechsel. Nach dem Ende des Einsatzes seien mindestens zwei Randalierer auf den Barrikaden zurückgeblieben, die Fahnen geschwenkt hätten.

Nach Informationen der kasachischen Online-Zeitschrift Vlast wurden viele Supermärkte und Geschäfte in der Stadt geplündert, darunter der Laden eines Waffenhändlers. Viele Geldautomaten seien gesprengt worden, hieß es in einer Mitteilung im Nachrichtenkanal Telegram. Webseiten kasachischer Medien sind seit Mittwoch nicht vom Ausland aus zu erreichen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4911753_0:135:2684:1645_1920x0_80_0_0_f8264fbfae1a4b7cb422045e0b6cc6a7.jpg

snanews.de: **Straßenschlachten in Almaty: Zahl der Toten steigt auf 13 – zwei Sicherheitskräfte enthauptet**

Die Zahl der Sicherheitskräfte, die bei Zusammenstößen mit den Protestierenden in der kasachischen Millionenstadt Almaty umgekommen sind, ist nach Angaben der Militärkommandantur auf 13 gestiegen. Zwei Opfer wurden demnach enthauptet.

„Dreizehn Ordnungshüter sind ums Leben gekommen, dabei wurden zwei Leichen mit abgetrennten Köpfen entdeckt“, teilte ein Sprecher der Militärkommandantur von Almaty mit. Zuvor hatte der kasachische Sender Chabar 24 von 12 getöteten und mehr als 350 verletzten Sicherheitskräften berichtet (Stand 13 Uhr Ortszeit, 8 Uhr MEZ).

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums des Landes wurden bei den Protesten landesweit mehr als 1000 Menschen verletzt. 400 Menschen seien in Krankenhäuser gebracht worden, 62 davon würden auf Intensivstationen behandelt, teilte eine Sprecherin der Behörde am Donnerstag gegenüber dem TV-Sender Chabar 24 mit. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4913089_0:155:3089:1893_1920x0_80_0_0_921c20dfcc746193ee56bfad19648773.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Zweiter Jahrestag der Ermordung General Soleimanis: Lage in der Region verschärft sich erneut**

Am zweiten Jahrestag der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani überschlugen sich die Ereignisse im Nahen Osten. Der iranische Präsident drohte Trump mit Vergeltung. Die Huthis beschlagnahmten ein Schiff der Vereinigten Arabischen Emirate im Roten Meer. Schiitische Milizen nahmen US-Stellungen in der Region ins Visier. Das US-Militär führte einen "Präventivschlag" gegen "Raketenstartplätze" in Ostsyrien durch. Am 3. Januar 2020 wurde der iranische General Qassem Soleimani bei einem US-Drohnenangriff im Irak ermordet. Seither ist die Lage im Nahen Osten angespannt. Soleimani galt als Architekt der sogenannten Achse des Widerstandes und des Machtausbaus Irans in der Region. Zum zweiten Jahrestag der Ermordung des iranischen Generals demonstrierten in Bagdad Tausende Menschen gegen die US-Politik. Die Demonstranten forderten ein Ende der US-Militärpräsenz im Land. Auch in der Heimatstadt Soleimanis versammelten sich am Montag Abertausende Demonstranten, um des ermordeten Generals zu gedenken. Der iranische Präsident Ebrahim Raisi nahm dieses Datum zum Anlass, dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump bei einer Gedenkveranstaltung mit Vergeltung zu drohen. "Trump

hat die Ermordung des Generals persönlich angeordnet und muss daher als Hauptmörder in einem internationalen Gericht verurteilt werden", sagte Raisi am Montag. Andernfalls werde er "allen US-Führern sagen, dass ohne Zweifel die Hand der Rache aus dem Ärmel der muslimischen Nation hervorkommen wird". Esmail Qa'ani, Kommandeur der iranischen Quds-Einheit und somit Nachfolger des von den USA ermordeten Generalmajors Soleimani, drohte am Dienstag, dass die Verantwortlichen für die Ermordung Soleimanis nicht sicher sein werden.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Drohungen zeigte sich der frühere US-Außenminister Mike Pompeo über seine Sicherheit und die des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump besorgt. In einem Interview mit Fox News sagte Pompeo am Dienstag, die politische Führung in den USA habe nun die Verantwortung, jeden einzelnen US-Amerikaner vor der "iranischen Bedrohung" zu schützen.

Iranische Hacker legten am Montag die Webseite der israelischen Zeitung JPost sowie das Twitter-Konto der Tageszeitung Maariw vorübergehend lahm. Statt der Nachrichteninhalte war ein Modellbild der israelischen Atomanlage in der Wüstenstadt Dimona zu sehen, die mit einer Rakete zur Explosion gebracht wird. Es bleibt unklar, ob die Hacker sich in Iran aufhielten oder aus einem anderen Land heraus agierten, schrieb die Jpost. Ebenfalls sei nicht deutlich, ob sie in staatlichem Auftrag unterwegs gewesen seien.

In den letzten Tagen eskalierte auch die Lage zwischen US-Verbündeten und dem regionalen Netzwerk Irans im Nahen Osten. Die Ansarullah-Bewegung (Huthi-Milizen) im Jemen setzte in der Nacht zum Montag ein Schiff der Vereinigten Arabischen Emirate im Roten Meer fest. Nach Angaben der Huthis transportierte das Frachtschiff militärisches Material.

Am Flughafen von Bagdad, wo Soleimani am 3. Januar 2020 ermordet wurde, schoss die Flugabwehr am Montag zwei bewaffnete Drohnen ab. Nach Angaben US-amerikanischer und irakischer Sicherheitskreise stand auf einem Flügel einer Drohne in arabischer Schrift "Soleimanis Rache". Das US-Militär gab gegenüber der Nachrichtenagentur AP an, dass das C-RAM-Abwehrsystem zwei sogenannte "Selbstmorddrohnen" abgeschossen habe.

Zwei mit Sprengstoff beladene Drohnen wurden auch am Dienstag von der irakischen Luftverteidigung abgeschossen, als sie auf den Luftwaffenstützpunkt al-Asad abzielten, der westlich von Bagdad die US-Streitkräfte beherbergt.

Das berichtete Reuters unter Berufung auf einen US-Beamten im Irak. Am Dienstag machten außerdem Berichte die Runde, wonach das US-Militär einen "Präventivschlag" gegen "Raketenstartplätze" in Ostsyrien durchführte, die "eine Bedrohung" für US-Stellungen in der Region darstellten.

Das US-Militär gab allerdings nicht bekannt, welches Land der sogenannten US-geführten Anti-ISIS-Koalition den Luftschlag durchführte. In Washington erklärte das Pentagon, die Angriffe der US-geführten Anti-ISIS-Koalition in Syrien seien nicht mit Flugzeugen durchgeführt worden. Es machte jedoch keine weiteren Details zu dem Luftschlag. "Ich bin nun nicht in der Lage, auf eine konkrete Zuschreibung von Verantwortung einzugehen. Trotzdem sehen wir weiterhin Drohungen gegen unsere Streitkräfte im Irak und in Syrien durch Milizen, die von Iran unterstützt werden", sagte Pentagon-Sprecher John Kirby gegenüber Journalisten in Washington.

Die Lage in der Region ist seit der Ermordung des iranischen Generals weiterhin angespannt. Das Parlament des Irak hatte nach der Ermordung Soleimanis den Abzug der US-Truppen aus dem Land gefordert. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte seinerzeit für eine Resolution, die das Ende der ausländischen Militärpräsenz im Irak verlangt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d5b07a48fbef190d73ef2f.jpg>

de.rt.com: **"Transatlantische Solidarität": Baerbock und Blinken drohen Russland mit "massiven Konsequenzen"**

Die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock reiste am Mittwoch zu ihrem Amtskollegen Blinken nach Washington. Angesichts der angeblich von Russland ausgehenden Bedrohung der Ukraine demonstrierte man Einigkeit. Gleichzeitig will man nach eigener Aussage "deeskalieren".

Nach der Vorberichterstattung über den Antrittsbesuch der neuen deutschen Außenministerin war es gestern so weit: Washington öffnete seine Arme für Annalena Baerbock. US-Außenminister Antony Blinken nahm sich, nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur, "außergewöhnlich viel Zeit", denn: "Der Konflikt mit Russland schweißt zusammen." Seit Wochen wird schließlich bereits vor einer "Invasion" Russlands in die Ukraine gewarnt – auch wenn ein solch unkalkulierbares militärisches Abenteuer gegen jede Vernunft in Moskau sprechen würde.

"Putin" ist für vieles zur Projektionsfläche geworden. Für dumm hielten ihn zumindest bislang wohl nur die wenigsten. Für Moskau, das demzufolge gerade versucht, sein "Prestigeprojekt" Nord Stream 2 nun endlich an den Start zu bekommen, wäre durch einen Krieg mit all seinen vorhersehbaren und unvorhersehbaren Konsequenzen politisch und wirtschaftlich absolut nichts gewonnen.

Baerbock und Blinken ist derweil sichtlich daran gelegen, das Bild tiefer transatlantischer Bande zu zeichnen. Die deutsche Außenministerin strahlt den "lieben Tony" dabei an, als hätte es niemals Differenzen zwischen Berlin und Washington gegeben. Es ist das sich mutmaßlich aggressiv verhaltende Russland, das die Risse im transatlantischen Verhältnis kittert. "Das russische Handeln ist mit einem klaren Preisschild gekennzeichnet."

So machte Baerbock die harte deutsche Haltung klar. Blinken ergänzt, sowohl Deutschland als auch die USA sähen im Vorgehen Russlands "eine unmittelbare und dringende Herausforderung für Frieden und Stabilität in Europa". Das effektivste Werkzeug gegen russische Aggression ist nach Ansicht Blinkens: die "transatlantische Solidarität".

Unisono drohen Baerbock und Blinken Moskau für den Fall einer militärischen Eskalation mit harten Wirtschaftssanktionen. Laut Baerbock wolle man jedoch gar nicht zu politischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Moskau greifen, sondern in einem Konflikt "deeskalieren", in dem es allerdings nach Lesart Washingtons und Berlins nur einen Aggressor gibt.

Sowohl Blinken als auch Baerbock betonen dabei mehrfach, es gehe nicht um einen Alleingang der USA bei den anstehenden Verhandlungen, sondern um ein gemeinsames Handeln des Westens – im Angesicht der diffusen Bedrohung durch Moskau. Baerbock spricht es aus: Es könne "keine Entscheidung über Sicherheit in Europa ohne Europa" geben.

Die "Einbeziehung der betroffenen europäischen Staaten" sei bei den anstehenden Gesprächen "zentral". Längst ist Russland in transatlantischen Kreisen Teil des außereuropäischen Auslands.

Und beim Verweis auf "Europa" als Verhandlungspartner, wenn es um die großen europäischen und globalen Konfliktlinien geht, schwingt dabei auch die Befürchtung mit, dass die Europäische Union – trotz erheblicher außen- und geopolitischer Ambitionen – mal wieder nur eine Nebenrolle spielt. Die "Furcht vor Europas Irrelevanz" heißt es dazu etwa beim Tagesspiegel, der, angesichts der am Sonntag beginnenden Ukraine-Gespräche zwischen USA, NATO und Russland, sehr genau zwischen Gut und Böse zu unterscheiden weiß. Auch für das Auswärtige Amt ist es in diesem Zusammenhang "Europa", das keinen stärkeren Partner" als die USA habe.

"Werden uns immer engstmöglich mit den USA abstimmen. Europa hat keinen stärkeren Partner, um globale Herausforderungen zu meistern."

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz betonte Blinken angesichts der bevorstehenden Gespräche mit Moskau:

"Wir werden unsere Besorgnis über Russlands destabilisierende Aktionen und Verstöße gegen internationale Normen zum Ausdruck bringen."

Gleichzeitig wusste Blinken von einer fortschreitenden "militärischen Aufrüstung" Russlands zu berichten. Zudem lasse Moskau "seine Rhetorik weiter eskalieren". Dies gefährde einen Erfolg der anstehenden Gespräche zwischen beiden Seiten. Was Nord Stream 2 angeht, sei er sich mit seiner deutschen Amtskollegin darüber einig, dass Russland davon abgehalten werden müsse, "Energie als Waffe einzusetzen".

Blinken machte keinen Hehl daraus, dass die USA die Gaspipeline seit langem ablehnten, und kryptisch ergänzte der US-Außenminister:

"Und wenn Russland seine Aggression gegenüber der Ukraine wieder aufnimmt, wäre es sicherlich schwierig, dass in Zukunft Gas durch diese Pipeline fließt."

Doch sollte sich das offensichtlich für sämtliche Konflikte allein verantwortliche Russland "dennoch für eine Eskalation entscheiden", werde man schnell reagieren.

"Die Vereinigten Staaten, Deutschland und unsere Verbündeten und Partner, einschließlich der NATO, der Europäischen Union und der G7, haben sehr deutlich gemacht, dass Russland massive Konsequenzen für eine erneute Aggression gegen die Ukraine zu erwarten hat."

In Anbetracht der Kürze ihres Besuchs freute sich Baerbock am Mittwoch wiederum auf eine baldige Rückkehr "in Euer wunderschönes Land". Ihr seien zeitnahe weitere Gespräche wichtig – nicht nur in Washington, sondern auch mit Menschen an anderen Orten im Land. Baerbock macht deutlich, dass die USA nicht nur ein wichtiger Bündnispartner für sie sind, sondern dass sie auch außerhalb der Politik eine Beziehung zum Land hat. "Für mich ist das persönlich auch ein wichtiger Moment, nachdem ich als Jugendliche ein Austauschjahr hier in den Vereinigten Staaten von Amerika verbracht habe", erinnert sich die Ministerin. "Auch wenn ich ehrlichkeitshalber sagen muss, dass in Florida das Wetter etwas besser war als hier jetzt im schneereichen Washington. Aber das kennen wir ja auch aus Berlin."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d6dc2948fbef1ad3510156.jpg>

snanews.de: **Proteste in Kasachstan außer Kontrolle – Krawall, Plünderungen, Polizeibehörde steht in Flammen**

Bei den jüngsten Protestaktionen in Kasachstan ist es zu Krawallen und Plünderungen gekommen, die beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden angerichtet haben. Nun versuchen Unternehmer, die Verluste zu bewerten, die offenbar in Millionenhöhe liegen sollen. Nach Angaben der Nationalen Unternehmerkammer der Republik Kasachstan sind rund 300 Objekte in insgesamt 43 Gebäuden, darunter auch zwölf Einkaufszentren, bei den jüngsten Ausschreitungen zu Schaden gekommen (Stand 17.00 Uhr Ortszeit am Donnerstag). Betroffen seien vor allem Unternehmen in den Bereichen Handel, Gaststättengewerbe, Verkehr, Dienstleistungen sowie der Finanzsektor (insbesondere Geldautomaten). Infolge der Plünderungen und Krawalle sollen die Handelsketten in Kasachstan nach dem vorläufigen Erkenntnisstand Verluste im Wert von mindestens fast 26 Milliarden Tenge (umgerechnet etwa 52,8 Millionen Euro) erlitten haben. Dies berichtet das lokale Portal Informburo.kz unter Verweis auf Angaben des Handelskettenverbandes.

Sechs Waffengeschäfte und fünf TV-Sender in Almaty geplündert

Nach Informationen des Waffenhändlerverbandes „Koramsak“ wurden in Almaty sechs Waffengeschäfte geplündert.

Bei den Krawallen in Almaty griffen nach Angaben des TV-Senders „Chabar 24“ Plünderer Büros von fünf Fernsehsendern an und beschädigten diese.

In der Stadt Taras im Süden des Landes seien bei Ausschreitungen drei Gebäude der Polizeibehörden in Flammen aufgegangen, berichtete Sputnik Kasachstan am Donnerstag. Außerdem sollen die Randalierer etwa 50 Polizeifahrzeuge zerstört oder beschädigt haben. Derzeit sei die Lage in der Stadt jedoch ruhig, hieß es.

Zufahrt zu Krankenhäusern in Almaty blockiert

Am Donnerstag haben Protestierende in Almaty eine Straße gesperrt und so den Weg zu zwei Krankenhäusern blockiert, meldete Sputnik Kasachstan unter Berufung auf den stellvertretenden Chef der Stadtverwaltung, Jerschan Babakumarow.

„Nun haben terroristische Gruppen die Zufahrten zu den Krankenhäusern Nummer 1 und 7 blockiert“, sagte Babakumarow. Zwar könnten die Krankenwagen keine Patienten in die medizinischen Einrichtungen einliefern, die Spitäler selbst seien jedoch weiterhin wie gewohnt in Betrieb.

Proteste in Kasachstan

Anfang Januar war es in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau im Westen des Landes zu Massenprotesten gekommen. Der Grund war der Anstieg der Flüssiggaspreise auf das Zweifache innerhalb kurzer Zeit. Am Dienstag traf sich die Regierungskommission, die mit der Untersuchung des Anstiegs der Gaspreise beauftragt

worden war, mit Aktivisten in Aktau und sicherte zu, den Gaspreis im Gebiet Mangghistau zu senken.

Jedoch haben sich die Proteste auf andere Städte ausgeweitet. Am 4. und 5. Januar kam es in Almaty, der ehemaligen Hauptstadt des Landes, zu Zusammenstößen der Protestierenden mit Sicherheitskräften, bei denen die Polizei Tränengas und Blendgranaten einsetzte. Das Internet wurde landesweit abgeschaltet und die Behörden setzten die Ausstrahlung mehrerer Fernsehsender vorübergehend aus.

Am 5. Januar entließ Präsident Kassym-Schomart Tokajew die Regierung, die er für die Situation im Lande verantwortlich machte, und ernannte sich zum Vorsitzenden des Sicherheitsrates. Das Amt hatte bislang der ehemalige Präsident Nursultan Nasarbajew innegehabt, den Tokajew entließ.

Zudem verhängte Tokajew einen zweiwöchigen Notstand in einigen Regionen des Landes, die später auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet wurde. Der Notstand soll bis zum 19. Januar gelten.

In einer Ansprache am Mittwochabend betonte Tokajew, dass die Behörden möglichst hart gegen die Straftäter vorgehen würden und versprach, in naher Zukunft „ein neues Paket von Vorschlägen“ vorzulegen.

Bei einer Sitzung des Sicherheitsrates am Mittwoch bezeichnete Tokajew die Situation im Lande als „Untergrabung der Integrität des Staates“ und kündigte an, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (kurz: OVKS; zu der Organisation gehören Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan gehören – Anm. d. Red.) um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ gebeten zu haben. Die beschloss in der Nacht zum Donnerstag, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4916463_0:212:2886:1835_1920x0_80_0_0_2a20441aae56d412808b72947716c620.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 06.01.2022
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 95. Luftsturmbrigade ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Osarjanowka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. und 36. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische

Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Leninskoje und Pischtschewik zu blockieren. Außerdem stellen wir fest, dass **in der OOS-Zone Mitglieder nationalistischer Formationen** eintreffen. So wurde im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Granitnoje die Ankunft von zehn nazistischen Kämpfern des „Rechten Sektors“ festgestellt. Im Zusammenhang damit schließen wir mögliche Provokationen in dieser Richtung nicht aus.

Im Ergebnis einer abschließenden Überprüfung der professionellen funktionsbezogenen Ausbildung des Personals der BFU in der OOS-Zone durch den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Tarnawskij wurden Anweisungen ausgegeben, Kandidaten für die Entsendung zu Qualifikationskursen im 169. Ausbildungszentrum „Desna“ auszuwählen. Zu diesen Anweisungen wurde sich in der „stärksten Armee“ Europa wie zu allen übrigen formal verhalten. Insbesondere befahl der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko, Kämpfer, die sich geweigert hatten, ihre Verträge zu verlängern, zu den Kursen zu schicken sowie solche, die sich der Ausführung ihrer dienstlichen Pflichten entzogen haben, der Kommandeur der 56. Panzergrenadierbrigade Sirtschenko entschied, Kämpfer, die während der Neujahrsfeiertags unter Drogen- und Alkoholeinfluss aufgefunden wurden, zu entsenden.

Wir haben Informationen über einen **weiteren nicht kampfbedingten Verlust der BFU** auf den Positionen im Gebiet von Schumy erhalten. Es ist bekannt, dass ein Soldat der 95. Luftsturmbrigade auf einem Beobachtungsposten eines Zugstützpunkt durch einen Schuss ins Kinn Selbstmord begangen hat. Außerdem wurde in einer der Einheiten derselben Brigade ein Kämpfer durch Verletzung der Sicherheitsbestimmungen bei Reifenmontagearbeiten an einem URAL-Auto durch den Schlag eines Bremsrings schwer verletzt.

Alle Fälle werden sorgfältig durch das Kommando gegenüber der übergeordneten Leitung und den Verwandten der Toten verheimlicht, in der Folge wird man mitteilen, dass die Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben oder in der Folge von Kampfhandlungen starben.

de.rt.com: **China bündigt Tech-Konzerne: Neues Gesetz zu Algorithmen**

Als erstes Land der Welt führt China neue Regeln zur Regulierung von Algorithmen ein, die auf Sucht, Monopole, übermäßige Ausgaben und Fake News abzielen. Die Anbieter werden damit unter anderem verpflichtet, den Quellcode ihrer Algorithmen offenzulegen.

Viele Staaten scheinen angesichts des Marktgewichts von Digitalkonzernen relativ machtlos. Als erstes Land der Welt hat China ein Gesetz verabschiedet, das Algorithmen regulieren soll. Die chinesische Cyberspace-Verwaltung (CAC) veröffentlichte am Dienstag in Zusammenarbeit mit weiteren chinesischen Regierungsbehörden neue Regeln zur Regulierung von Algorithmen, die ab März in Kraft treten sollen.

Damit soll verhindert werden, dass Internetplattformen ihre Datenmacht missbrauchen. Anbieter von Algorithmen werden aufgefordert, ihre Produkte regelmäßig zu überprüfen und sicherzustellen, dass diese weder süchtig machende Funktionen haben noch zu überhöhten Ausgaben verleiten.

Neben der CAC waren auch das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die staatliche Behörde für Marktregulierung beteiligt. Verbraucher erhalten damit das Recht, algorithmische Empfehlungen in Apps abzuschalten und Schlüsselwörter, die von Algorithmen verwendet werden, einzusehen oder zu löschen.

In Artikel 17 des Gesetzes heißt es konkret: Die Anbieter von algorithmischen Empfehlungsdiensten sollten Nutzern die Möglichkeit geben, Attribute, die den Empfehlungen zugrunde liegen, "auswählen oder löschen zu können".

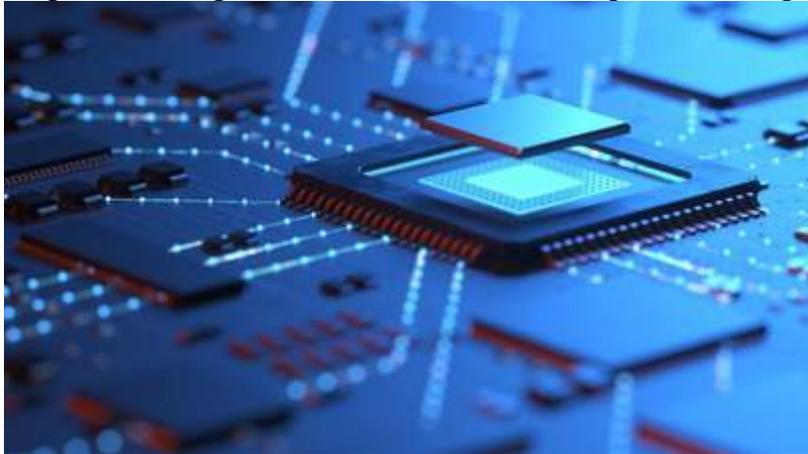
Die neuen Regeln verbieten es den Anbietern von Algorithmen außerdem, monopolistische

Praktiken zu fördern und Nachrichten zu bewerben, die von nicht autorisierten Accounts veröffentlicht wurden. Damit wird untersagt, Fake News durch Algorithmen zu erzeugen oder zu verbreiten.

Laut dem Handelsblatt sehen Experten die Volksrepublik mit dem Gesetzentwurf als weltweiten Vorreiter. Das Konzept habe das Potenzial, einen globalen Standard zu setzen, so Kendra Schaefer, Leiterin des Bereichs Technologiepolitik bei der Beratungsgesellschaft Trivium China:

"Peking hat sich an die Spitze der globalen Pläne zur Regulierung von Algorithmen gestellt." Das Gesetz zeige, "dass Peking die Auswirkungen von Fake News auf die nationale Einheit der USA genau beobachtet hat und frühzeitig eingreift, um ein ähnliches Resultat für China zu verhindern", betont Trivium-Expertin Schaefer.

Laut dem Gesetz darf die Algorithmustechnologie nicht zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Umgehung der Aufsicht und Verwaltung oder zugunsten von Monopolstellungen und für unlautere Wettbewerbsaktivitäten verwendet werden. In der Verordnung werden die Anbieter algorithmischer Empfehlungsdiensten außerdem aufgefordert, allgemeine Werte zu fördern und positive Energie zu verbreiten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d6a6e7b480cc7c8806feb9.jpg>

snanews.de: **Von außen beeinflusst: Russlands Außenministerium geht von herbeigeführten Unruhen in Kasachstan aus**

Das russische Außenministerium betrachtet die massenhaften Proteste in Kasachstan als einen von außen veranlassten Versuch, die Integrität des Landes gewaltsam zu untergraben. Moskau behält nach eigenen Angaben die dramatische Lage gemeinsam mit den Partnern aus der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) genau im Auge.

Vor Kurzem hat die OVKS eine kollektive Friedenstruppe – darunter auch russische Einheiten der Luftlandtruppen – für einen begrenzten Zeitraum nach Kasachstan entsandt, um die Lage dort zu stabilisieren und zu normalisieren. Diese Entscheidung habe der kollektive Sicherheitsrat der OVKS in Übereinstimmung mit Artikel 4 des Vertrags über kollektive Sicherheit getroffen, teilte das russische Außenministerium mit.

Der Artikel, heißt es weiter, sehe vor, dass im Falle einer Aggression – wie etwa ein bewaffneter Angriff, der die Sicherheit, Stabilität, territoriale Unversehrtheit und Souveränität bedroht – gegen einen der OVKS-Mitgliedsstaaten ihm alle anderen Teilnehmer-Staaten auf sein Ersuchen hin unverzüglich die erforderliche Unterstützung und Hilfe, einschließlich militärischer, zukommen lassen müssten.

„Wir betrachten die jüngsten Ereignisse im befreundeten Land als einen von außen herbeigeführten Versuch, die Sicherheit und Integrität des Staates mit Gewalt durch ausgebildete und organisierte bewaffnete Einheiten zu untergraben“, heißt es auf der Seite des russischen Außenministeriums.

Außenministerium verspricht enge Kooperation

Die Russische Föderation werde die engen Beratungen mit der kasachischen Seite und anderen Verbündeten in der OVKS fortsetzen, um über weitere wirksame Schritte zu beraten und diese gegebenenfalls umzusetzen.

Das primären Ziele dabei seien die Hilfeleistung für die Strafverfolgungsbehörden Kasachstans bei der Durchführung einer Antiterroroperation, die Gewährleistung der Sicherheit für die Zivilbevölkerung landesweit und, dass die kasachischen Behörden die Kontrolle über lebenswichtige kritische Infrastruktureinrichtungen wiedererlangen.

„Wir sind an der baldigen Wiederherstellung der Normalität in der Republik interessiert“, machte die russische Behörde abschließend deutlich.

Belarus sieht in Unruhen einen Putschversuch

Auch das belarussische Außenministerium nahm am Donnerstag zu den dramatischen Ereignissen in Kasachstan Stellung. In der jüngsten Erklärung brachte die Behörde ihre „große Besorgnis“ mit Blick auf die sich rapide verschlechternde Lage in mehreren Regionen des Landes zum Ausdruck.

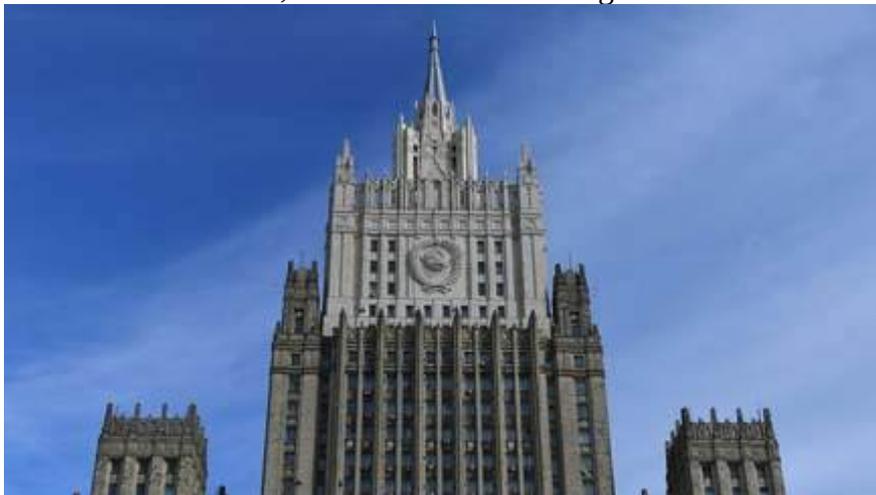
Dabei ging das Ministerium auf die von den Aufständischen beschlagnahmten Waffenarsenale, „ihre gewaltsamen Aktionen“, infolge derer Menschen stürben, sowie die wachsende Zahl der Verletzten und Verwundeten ein.

„Es geht dabei faktisch um einen gewaltsamen Putschversuch und einen Machtwechsel in Kasachstan“, so das Außenministerium.

Belarus unterstütze „voll und ganz“ die Bemühungen der Führung Kasachstans, den Unruhen und Plünderungen Einhalt zu gebieten und das normale Leben im Land wiederherzustellen.

Die Republik sei zudem bereit, dem befreundeten kasachischen Volk Hilfe zu leisten – „und wird ihre alliierten Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen“.

„In diesem Zusammenhang werden belarussische Soldaten der OVKS-Friedenstruppen nach Kasachstan entsandt“, heißt es in der Erklärung. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/46345_0:18:3073:1746_1920x0_80_0_0_53e9189412a9ec38de21c97c0ef6d70a.jpg

de.rt.com: Roskosmos-Leiter: Lage am kasachischen Kosmodrom Baikonur noch ruhig, Startvorbereitungen laufen

Die Lage im kasachischen Weltraumhafen Baikonur, der von der russischen Weltraumbehörde Roskosmos genutzt wird, bleibt ungeachtet der landesweiten Unruhen friedlich. Dies gab der Roskosmos-Leiter Dmitri Rogosin bekannt. Vorbereitungen auf zukünftige Starts laufen wieder.

Die Lage in der Stadt Baikonur und im dortigen Weltraumhafen bleibt ruhig und unter Kontrolle, vermeldete Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal. Die Nacht sei ohne Zwischenfälle verlaufen.

„Über Nacht gab es in Baikonur keine Zwischenfälle. Die Lage in der Stadt und in den

Einrichtungen des Kosmodroms ist unter Kontrolle."

Alle Leiter der Objekte des Weltraumhafens seien mittlerweile in die Stadt zurückgekehrt. Für eine Wiederaufnahme der Vorbereitungen auf zukünftige Raketenstarts sei Rogosins Stellvertreter für Raketenbau, Betrieb der Bodeninfrastruktur und Qualitäts- und Zuverlässigkeitskontrolle Alexander Lopatin dorthin aufgebrochen.

Laut einer Mitteilung Rogosins vom vorigen Abend wurden bewaffnete Wachen auf dem Kosmodrom Baikonur in Kasachstan an dessen wichtigsten Einrichtungen verstärkt – zweifellos angesichts der genannten Unruhen. Rogosin hatte am Mittwochabend gemeldet: "Der Tag in Baikonur verlief ruhig. Standorte der Roskosmos-Betriebe, die Strafverfolgungsbehörden, städtischen Dienste und Organisationen arbeiten wie gewohnt. Das bei der Verwaltung von Baikonur eingerichtete operative Hauptquartier hat die Lage in der Stadt vollständig unter Kontrolle. Die bewaffnete Bewachung der wichtigsten Einrichtungen des Kosmodroms wurde verstärkt."

Seit Ende 1994 pachtet Russland die Stadt Baikonur und den gleichnamigen Weltraumhafen, der sich etwa 20 Kilometer entfernt befindet. Sie stehen unter russischer Verwaltung.

Die aktuellen Unruhen begannen am 2. Januar. Auslöser war eine Erhöhung der Preise von Flüssiggas für den Fahrzeugantrieb auf den doppelten Betrag. Doch auch nach Rücknahme der Erhöhung und Einführung staatlicher Kontrolle über Treibstoffpreise für 180 Tage lösten sich die Proteste nicht etwa auf, sondern eskalierten stattdessen im ganzen Land zu Massenplünderungen, Brandschatzung und Randalen.

Nach aktuellem Stand wurde der Flughafen Aqtöbe wieder von den gewalttätigen Demonstranten befreit. Am Donnerstagmorgen sind die ersten Einheiten des vom Landespräsidenten eingeladenen Friedenstruppenkontingents der OVKS, zu der auch Kasachstan gehört, aus Russland in das mittelasiatische Land aufgebrochen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d711fcb480cc07ea0d7659.jpg>

snanews.de: **Kremlbeamter verhandelt mit außenpolitischen Beratern Deutschlands und Frankreichs zum Thema Ukraine**

Der stellvertretende Chef der russischen Präsidentschaftsverwaltung, Dmitri Kosak, hat am Donnerstag mit dem außenpolitischen Berater des deutschen Bundeskanzlers, Jens Plötner, und dem diplomatischen Berater des französischen Präsidenten, Emmanuel Bonne, Verhandlungen zum Thema Umsetzung der Minsker Vereinbarungen geführt.

Das Treffen war der Regelung des innenukrainischen Konflikts gewidmet und wurde auf Initiative der russischen Seite organisiert. Die Verhandlungen fanden im Moskauer Gebiet statt und dauerten mehr als vier Stunden.

„Sowohl die neue deutsche Regierung als auch die französische Führung bekräftigten ihr Bekenntnis zu den Minsker Vereinbarungen, dem alternativlosen Rahmen für eine Beilegung des Konflikts in der Südostukraine“, sagte Kosak nach dem Treffen gegenüber Journalisten.

„Wir haben eine Reihe praktischer Schritte zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen erörtert und uns auf Pläne für weitere Kontakte, auch mit der ukrainischen Führung, geeinigt, um den Konflikt so schnell wie möglich zu beenden“, so Kosak weiter.

Die beiden Seiten erörterten auch die Möglichkeit, ein Ministertreffen im Normandie-Format zu veranstalten. Diese Vierer-Treffen zwischen Moskau, Kiew, Berlin und Paris gibt es seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine 2014. Das letzte Gipfeltreffen fand Ende 2019 in Paris statt. Die dort getroffenen Vereinbarungen sind bis heute nicht umgesetzt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/03/4886938_0:13:2995:1698_1920x0_80_0_0_b1fb173b0e4ef1d2908f215b30884dfe.jpg